

LINKS SO

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
162 · Ausgabe SO · Mai 2016



«Dein Erfolgsrezept ist auch unseres»

DIE SP KANTON SOLOTHURN IST MEHR ALS DIE SUMME IHRER MITGLIEDER. DAS HABEN WIR BEI DEN NATIONALEN WAHLEN 15 GEZEIGT. DIE SP HAT AUCH DAS «ZEUG» FÜR EINEN WAHLSIEG IM 2017. DAZU BRAUCHT ES DICH!

Sozialdemokratie ist ein besetztes Wort: Der Inbegriff für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Leider bleibt die Solidarität immer mehr auf der Strecke. Solange man zum Beispiel schulpflichtige Kinder hat, setzt man sich für eine gute Bildungspolitik ein oder für Tempo 30 im Quartier. Kaum sind sie aus der Lehre, interessiert dies alles nicht mehr. Der klassische Arbeiter ist ein Konsument geworden und er unterscheidet kaum noch zwischen links und rechts dafür zwischen Zalando und Sarenza, Sunrise und Orange, er lässt sich durch outfittery stylen und durch C dates.ch verkuppeln. Hier müssen wir ansetzen und uns einmischen!

In Diskussionen mit Krethi und Plethi erwähne ich gerne und mit Stolz: «ich bin Sozialdemokratin», und mit Schwung füge ich Ziele für unseren Kanton und seine Einwohnerinnen und Einwohner an: Die steuerliche Entlastung für Personen mit bescheidenen Einkommen ist vollzogen. Schwarzarbeit wird be-

kämpft. Langzeitarbeitslose sind im Arbeitsmarkt integriert. Deutschkurse für fremdsprachige Kinder und Eltern sind obligatorisch und gratis; ältere Menschen haben eine Perspektive; für Kulturausgaben steht eine eigene Kasse zur Verfügung. Logischerweise hast auch Du Ideen für ein Erfolgsrezept. Gerne füge ich der Liste Deine Ideen an. Und gerne lasse ich mir von Dir konkrete Zielvorgaben stecken. Gemeinsam müssen wir auftreten. Wichtige Voraussetzung, um vereint in einen Wahlkampf zu treten, ist, dass man sich kennt. Die Vernetzung der politischen Akteure und Akteurinnen in den Gemeinden ermöglicht ein schnelles, einheitliches und flächen-deckendes Agieren.

Es ist an uns Linken, immer wieder gemeinsam hinaus zu den Leuten zu gehen. Nicht nur kurz vor den Wahlen, sondern jeden Tag. Lasst uns unseren Familien am Mittagstisch, unseren Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz und unseren Freunden in den Vereinen sagen,



Franziska Roth
Parteipräsidentin
ross017@bluewin.ch

für was wir eintreten. Wir setzen uns für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und anständigen Arbeitsbedingungen ein. Wir geben den Angestellten eine Stimme. Wir wollen eine faire und solidarische Gesellschaft. Gemeinsam müssen wir die Schale der politischen Knacknüsse öffnen, indem wir die Themenführerschaft progressiv besetzen, provokative Thesen anschlagen und diese intern kontrovers diskutieren sowie Kampagnen lancieren, die zu einer langfristigen Lösung beitragen. Wir sind klar positioniert und reden zu Themen unterschiedlichster Art.

Ich vertraue jedem und jeder von uns und kämpfe mit ihm und ihr für seine oder ihre Anliegen, selbst wenn ich finde, ein anderes oder gar meines wäre wichtiger. Jeder und jede von uns hat etwas zu sagen. Und jede und jeder von uns hat das Rüstzeug zu kandidieren. Für was ich auf die Strasse gehe, ist intern für mich zweitrangig, weil ich weiss, mit wem ich gehe – mit Dir!

VOLKSINITIATIVE FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN – ABSTIMMUNG VOM 5. JUNI 2016

Utopie oder Dystopie?

Am 5. Juni entscheidet die Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» (BGE). Der Vorschlag ist, einen Teil des Einkommens, den man unbedingt zum Leben braucht, allen bedingungslos zu gewähren. Die Befürworter prognostizieren für die Zukunft dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt; das Grundeinkommen sei aufgrund des technologischen Fortschritts eine humanistische Antwort auf diese Veränderungen. Die Gegner sehen ein finanzielles Fiasko auf die Schweiz zukommen, eine Masseneinwanderung aus der ganzen Welt – und die grundlegenden Prinzipien unseres Rechtsstaates seien in Gefahr. Auch innerhalb der SP gehen die Meinungen auseinander, aber immerhin, die grundlegende Debatte dazu, finden innerhalb der SP alle gut. Andi Gross, alt Nationalrat und Berufsdemokrat, ist ein Verfechter der Initiative und sieht das BGE als einen Baustein für eine andere und humanere Ordnung der Gesellschaft. Markus Baumann, Kantonsrat und Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Solothurn, glaubt die Sozialwerke in Gefahr und somit die wichtigsten Errungenschaften der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung.

Niklaus Wepfer



10 THESEN FÜR DAS «BEDINGUNGSLOSE GRUNDEINKOMMEN» – EIN



1. Die Einrichtung eines Grundeinkommens (GE) wäre für viele eine ungeheure Befreiung: Sie würden von der Existenzangst befreit und wären nicht mehr erpressbar; sie könnten ihre Arbeit wählen und müssten nicht mehr alles an- und hinnehmen.

2. Viele fänden die Zeit, sich zu engagieren und zu handeln; sie könnten sich um ihre Kinder, Eltern und Freunde endlich so kümmern, wie sie sich dies immer erhofft haben. Diejenigen, die dies heute schon tun, bekämen endlich auch die für sie notwendige materielle Entschädigung.

3. Mit der Befreiung von der Angst und der Ermächtigung der Lohnarbeitenden schwächt das GE Grundlagen des Kapitalismus. Gemäss ihrem Programm strebt die SPS die Überwindung des

Kapitalismus an. Damit illustriert sie ihren Willen, eine Gesellschaftsordnung aufzubauen, die den Menschen eine andere, humanere Beziehung zueinander ermöglicht (Soziale Freiheit). Das BGE wäre ein Baustein für eine solche andere, humanere Ordnung der Gesellschaft.

4. Ein entscheidender Baustein für eine bessere Alternative ist der Wegfall der Angst des Einzelnen, von der der Kapitalismus lebt. Angst vor dem Verlust der Existenzgrundlage, Angst vor dem

anderen Menschen, der im Kapitalismus zum Konkurrenten um die knappe Lohnarbeit geworden ist. Die Befreiung von dieser Angst ist die grösste Leistung des GE und sein Beitrag zur Demokratisierung der Demokratie. Wer Angst haben muss, kann kein mutiger Demokrat werden.

5. In dieser Befreiung von der Angst liegt auch die entscheidende Wende im Verhältnis des Menschen zur Arbeit. Das GE wertet die Arbeit auf, indem es den Menschen in die Lage versetzt,

Die Initiative stösst eine wichtige Diskussion an – mehr nicht!



Ich gestehe ein, dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens interessant ist und als Denkanstoss für künftige Gesellschaftsmodelle eine wichtige Rolle einnimmt. Denn eines ist klar, wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, wie wir allen, die in unserem Land leben, ein Leben in Würde ermöglichen. Dennoch bin ich überzeugt, dass die vorliegende Initiative viele – zu viele – Fragen offen lässt oder anders gesagt, nicht zu Ende gedacht ist. Sie lässt ja sowohl die Höhe des Grundeinkommens als auch die Finanzierung im Initiativtext völlig offen.

Die Frage nach dem Wert der Arbeit

Fakt ist, dass sich unsere Gesellschaft sehr stark über die Arbeit identifiziert. Dabei scheint es weniger wichtig, ob es sich um Erwerbsarbeit oder unbezahlte Arbeit handelt. Deshalb ist es mir wichtig, dass man sich in dieser Diskussion über den Wert der Arbeit unterhält. Die Gewerkschaften fordern für die Erwerbsarbeit ei-

nen Mindestlohn, welcher existenzsichernd ist. Zudem müsste man sich über den Wert der unbezahlten Arbeit unterhalten. Es geht also um die Wertschätzung der Arbeit.

Ungerecht und gefährlich

Vom bedingungslosen Grundeinkommen würde jede in der Schweiz lebende Person profitieren, ungeachtet ihres Einkommens und ihres Vermögens. Unbeantwortet bleibt die Frage, was geschieht, wenn Menschen aus den umliegenden Ländern in die Schweiz einreisen um vom Grundeinkommen zu profitieren. Wer Armut bekämpfen will, wird in dieser Vorlage keine gerechte Lösung finden, denn die Mittellosen erhalten zu wenig und die Reichen erhalten zusätzlich zu ihrem Besitz. Die Initianten gehen von 2500 Franken für Erwachsene und 625 Franken für Kinder aus. Es ist davon auszugehen, dass diese Beträge in den Umsetzungsdebatten massiv gekürzt, demgegenüber aber die bestehenden Sozialwerke, wie AHV, IV, Ergänzungsleistung und Arbeitslosenversicherung, ausgehöhlt würden, weil das Grundeinkommen diese ersetzt.

Finanzierung bleibt offen

In der Frage der Finanzierung sind sich die Initianten uneinig. Wäh-

rend die einen von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie der Umlenkung von Sozialleistungen und Subventionen überzeugt sind, ist Oswald Sigg von der Einführung einer Mikrosteuer von 0,05 Prozent auf dem Gesamtzahlungsverkehr – nach dem Prinzip, wer mehr Geld bewegt, bezahlt mehr – überzeugt. Aber egal, welche Variante uns sympathischer ist, die Initianten überlassen auch dieses Thema dem Gesetzgeber. In der aktuellen politischen Konstellation ist davon auszugehen, dass weder der eine noch der andere Vorschlag mehrheitsfähig ist.

Zusammenfassend bildet die Initiative einen guten und wichtigen Ansatz für die grossen Fragen der Gesellschaftspolitik in der Zukunft. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir dem Produktivitätsfortschritt sowie der zunehmenden Digitalisierung der Wirtschaft begegnen. Wie wir die Integration von eingeschränkt leistungsfähigen Menschen schaffen, wie wir die über 50-Jährigen in der Arbeitswelt schützen können und wie wir die unbezahlte Arbeit aufwerten und abgelenken wollen.

Die vorliegende Initiative eignet sich dafür nicht und ist auch nicht mehrheitsfähig.

Markus Baumann

6 CHANCE FÜR DIE ARBEIT UND DIE ARBEITENDEN

nicht einfach alle Lohnarbeit annehmen zu müssen, sondern ihm die Souveränität verschafft, jene Arbeit zu finden, die ihn wirklich erfüllt und über den Lohn hinaus bereichert.

6. Das GE ist als konkrete Utopie so alt wie der Begriff der Utopie selber (Thomas Morus, 1515). Neu ist, dass die ebenso alte Utopie, alle Menschen in gute Arbeit zu bringen, zur grösseren Utopie geworden ist als das BGE (heute gibt es in der EU 30 Millionen Erwerbsarbeitslose).

7. Das GE bedeutet auch Aufwertung all der notwendigen Arbeit (Betreuung, Erziehung, Unterstützung, Pflege, Begleitung), die bisher keinen Lohn mit sich brachte, aber täglich von vielen, vor allem Frauen, geleistet wird. Künftig würde freiwillig und gerne mehr davon geleistet.

8. Auf Grund der Digitalisierung und Robotisierung der Produktionsprozesse wird die Lohnarbeit in Zukunft immer knapper. Nur sehr gut qualifizierte Menschen werden sie leisten können. Die an-

deren werden weniger und nur schlecht entlohnte Arbeit leisten müssen. Deshalb müssen wir die existenzielle Grundsicherung des Einzelnen von der Lohnarbeitsleistung lösen. Genau dies will das GE.

9. Die Finanzierung des BGE (Kosten heute bei 2500 Franken pro erwachsener Person etwa 200 Milliarden Franken) muss solidarisch sein; das wäre durch eine neue automatische Mikrosteuer auf dem Gesamtzahlungsverkehr möglich. Der digitale Zahlungsverkehr ist heute 300 Mal grösser als

das BSP, 90 Prozent davon erfolgt durch den Hochfrequenzhandel. Ein bis zwei Promille reichen aus. Solidarisch wäre dies: Wer mehr Geld bewegt, zahlt ein ganz kleines bisschen mehr als die anderen.

10. Diese Volksinitiative gehört zu jenen, die keine Mehrheit gewinnen können, aber ein starkes Ergebnis brauchen. Denn ein solches stärkt die Interessen der Lohnabhängigen und deren Stellung in den künftigen sozial- und wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. *Andi Gross*

KANTONSRAT

SP mit Schliessung der Lehrwerkstatt nicht einverstanden

Die SP-Fraktion versteht nicht, weshalb die kantonalen Stellen eine vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) aufgezeigte Rettungsmöglichkeit für die Lehrwerkstatt im Stahlwerk Gerlafingen nicht angenommen haben. Selbst wenn diese - wie vom Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) behauptet - in einem rechtlichen Graubereich liegen würde.

Markus Baumann (SP Derendingen)

hat deshalb als Erstunterzeichner im Namen der **SP-Fraktion** eine Interpellation eingereicht. Diese will Antworten auf Fragen wie: Weshalb weigerte sich das AWA dem Seco gegenüber eine zustimmende Stellungnahme abzugeben? Weshalb wurde von den vorgesehenen arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) für von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen nicht Gebrauch gemacht? Wurde versucht, den gesetzlichen Spielraum vollständig auszunutzen? Welche Risiken wäre der Kanton eingegangen, hätte er gegenüber dem Seco eine zustimmende Stellungnahme abgegeben?



Hardy Jäggi
Kantonsrat, Rechterswil
hardy@hardyjaeggi.ch

Warum lehnten das AWA und die verantwortliche Volkswirtschaftsdirektorin weitere, vermittelnde Gespräche mit den beiden Ständeräten des Kantons Solothurn ab?

Die kantonalen Beschäftigungsprogramme verbessern

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gibt die öffentliche Hand Geld für Beschäftigungsmassnahmen, so genannte arbeitsmarktliche Massnahmen (AMM), aus. Die AMM bestehen aus einer breiten Palette von Bildungs- und Beschäftigungsmassnahmen. Mittels Interpellation wollte **Simon Bürki (SP Biberist)** vom Regierungsrat Antworten zu Qualität, Kosten und Verbesserungspotenzial der AMM. Fazit: Der Fokus muss auf Personengruppen mit höherer Wahrscheinlichkeit zur Langzeitarbeitslosigkeit gelegt und das individuelle Coaching verstärkt werden.

Die SP will Kosten sparen und Synergien nutzen

Der Kanton betreibt zwei Erwachsenenbildungszentren (EBZ) in Olten

und Solothurn, die sich zum Teil mit ihren Angeboten konkurrenzieren. Weil für das EBZ in Olten die Stelle des Leiters ausgeschrieben ist, wollte **Franziska Roth (SP Solothurn)** mittels dringlicher Interpellation vom Regierungsrat wissen, warum die Vakanz des EBZ-Leiters in Olten nicht dazu genutzt werde, um eine Zusammenlegung der beiden EBZ zu prüfen. Die SP ist überzeugt, dass durch eine Fusion Kosten eingespart werden könnten.

SP wehrt sich gegen höhere Gebühren in der Bildung

Bei der Totalrevision des Gebührentarifs wollte der Regierungsrat ursprünglich die Gebühren für die Nachholbildung von Erwachsenen erhöhen. Dagegen wehrten sich die Finanzkommission und die SP-Fraktion. Schlussendlich entschied der Kantonsrat, die Gebühren für die Nachholbildung Erwachsener und für das Anmeldeverfahren zur Berufsmaturität gleich ganz zu streichen.

Unser Selbstverständnis

Vielen Menschen in der Schweiz geht es gut bis sehr gut, wenige sind in ernsthafter Not. Oft können wir auswählen: beim Einkaufen, bei Aus- & Weiterbildung, die Form der Mobilität oder das Feriengeld. Ein soziales Netz hilft, dass auch in Krisensituationen - oder wenn Schicksalsschläge Zäsuren bewirken - die Existenz nicht gerade gefährdet ist. Ein Service public sichert einiges von unserer Grundversorgung. Lebensstandard & -optionen sind meist vielfältiger als bei den meisten unserer europäischen Nachbarn, ganz zu schweigen von denjenigen vieler Menschen in anderen Kontinenten.

Über 2 Milliarden Überschuss konnte der Bund für das Jahr 2015 ausweisen, der Kanton SO schloss

mit einem Defizit ab. Eigentlich können wir dankbar sein und uns Not & Notleidenden inner- & ausserhalb der Landesgrenzen widmen. Doch weit gefehlt: Hüben & drüben verlangen Bürgerliche den Abbau staatlicher Leistungen, wollen die Grundversorgung weiter privatisieren & beantragen massive Einschnitte bei der Entwicklungshilfe. Gleichzeitig wird kräftig Stimmung gegen Notleidende auf der Flucht gemacht. Unverfroren werden grosszügige Steuergeschenke für die Wirtschaft verlangt. Forderungen zum Abbau von AHV-Leistungen stehen im Raum, ganz generell soll der Geldhahn massiv zugedreht werden, bei Menschen mit Behinderung, im Bildungswesen, beim öv...

SP & Gewerkschaften sind diejenigen,

MEIN STANDPUNKT

Philipp Hadorn, Nationalrat und Gewerkschafter, Gerlafingen
philipp.hadorn@parl.ch

die einen deutlichen Kontrapunkt setzen. Wir erheben unsere Stimme für: 1. die wenigen in der Schweiz, die effektiv Not leiden, 2. die Sicherheit bei Krankheit, Unfall & Arbeitslosigkeit, 3. anständige Löhne & Renten, 4. eine erfolgreiche Wirtschaft, die dem Allgemeinwohl verpflichtet bleibt, 5. eine Grundversorgung, die voraussetzungslos allen zusteht, 6. eine Solidarität, die keine Grenzen kennt - eine zeitlose Vision, dass Menschen in dieser Welt in Würde geboren werden, aufwachsen, leben & im Alter erfüllt sterben können; eine unspektakuläre Selbstverständlichkeit, weil es ein Leben vor dem Tod gibt!

